

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. — Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl von Flüssen der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen. Bebel.

Der Streik in Erfurt.

In Erfurt besteht seit dem Streik im Sommer 1919 für die Samenzuchtbetriebe ein festes Tarifverhältnis, sodaß es zu Ausständen nicht wieder gekommen ist. Die Parteien einigten sich bei allen Bewegungen, und man konnte daher annehmen, daß auch die Arbeitgeber im Tarifvertrag ein Mittel erblickten, durch das der Friede und die Arbeitsfreude am besten gewahrt wird.

Mit Eintritt der Marktstabilisierung änderte sich aber das Bild plötzlich. Die Arbeitgeber verlangten einen durch nichts begründeten erheblichen Lohnabbau, dem wir nicht zustimmen konnten. Die Löhne wurden dann einseitig von den Unternehmern diktiert. Eine Möglichkeit, dagegen etwas zu unternehmen, bestand unter damaligen schwierigen Verhältnissen nicht. Seit der Zeit scheiterten alle Verhandlungen, auch die über den inzwischen abgelaufenen Manteltarif. Hierbei sei bemerkt, daß die Unternehmer sich seit einiger Zeit einen Syndikus als Vertreter gesucht hatten, der auch die Metall- und sonstigen Industrien vertrat. Durch diesen Herrn scheint die neue Richtung vor allen Dingen beeinflußt zu sein.

Am 12. März reichte unsere Verwaltung neue Lohnforderungen ein, die damit beantwortet wurden, daß die Unternehmer am 14. März einen neuen Lohn Tarif mit Einschaltung neuer Lohngruppierungen einseitig herausgaben. Auf den Protest unsererseits wurde erklärt, daß an den Löhnen nichts geändert werde, die Unternehmer hätten aber nichts dagegen, wenn die Lohnvereinbarung von uns mit unterschrieben werden und damit als Vereinbarung gelten könne. Ein solch einseitiges Lohn diktat mußten wir natürlich ablehnen. Dieses Verhalten der Arbeitgeber schlug dem Faß den Boden aus und brachte ungeheure Erregung in die Kreise unserer Mitglieder. Schärfstes Vorgehen wurde verlangt. Eine Versammlung am 28. März nahm zu der Situation Stellung. Der Unterzeichnete hatte am gleichen Tage einen letzten Versuch unternommen, mit den Unternehmern zu Verhandlungen zu kommen. Diese waren für Sonnabend, den 29. März in Aussicht gestellt. Nur mit Mühe gelang es, die Kollegenschaft von sofortiger Arbeitsniederlegung abzuhalten. Der Streik wurde aber in der Versammlung mit $\frac{2}{3}$ Mehrheit in geheimer Abstimmung für sofort beschlossen, falls die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sollten.

Die Verhandlungen am anderen Tage brachten wieder kein Resultat. Die Unternehmer blieben bei ihrer starren Weigerung. Man begründete die Ablehnung jeder weiteren Lohnerhöhung damit, daß Lohnerhöhungen eine neue Inflation und damit den Zusammenbruch der ganzen Volkswirtschaft brächten. Dies ist der bekannte Einwand, den jede Unternehmergruppe gleich welchen Berufes — in den letzten Wochen an die Spitze ihrer ablehnenden Begründungen stellt, sodaß man an eine Zentralparalyse glauben muß, die alle Unternehmervertreter auswendig gelernt haben.

Interessant bei den Verhandlungen war, daß die Unternehmer die Erhöhungen auch deswegen ablehnten, weil die Löhne der Erfurter Metallindustrie in der Spitze nur 40 Pf. betragen, erhöhe man den Lohn der Gärtnerarbeiter über diesen noch hinaus, würden die Metallarbeiter sofort mehr fordern.

Hieran sieht man, wie eng die Fühlungnahme unserer Unternehmer mit denen anderer Berufe ist und wie sehr die Lohnhöhe

des einen Berufes von der des anderen abhängt. Die Unternehmer vergaßen allerdings nicht zu erklären, daß sie sich nicht für alle Fälle an die Löhne der Metallindustrie gebunden halten, sollten diese einmal höher stehen, wollten sie nicht etwa dieselben zahlen. Man zieht also nur Beispiele anderer Berufe heran, wenn sie ungünstiger sind als die Verhältnisse unseres Berufes. Auf die Frage, ob die neue Mieterhöhung, die damals noch nicht feststand, eine Bereitwilligkeit zu neuen Verhandlungen ergebe, wurde verneinend geantwortet.

So waren alle Brücken zu einer Verständigung abgebrochen, und der Streik begann Sonntag, den 30. März. Der Kampf erstreckte sich nur auf die der Tarifgemeinschaft angeschlossenen Betriebe. Die Arbeitsniederlegung erfolgte restlos! Die Unternehmer waren natürlich nicht untätig. Schon am Dienstag erhielten alle Streikenden einen Einschreibebrief mit der Mitteilung, daß alle die als enflassen gelten, die am Mittwoch nicht wieder zur Arbeit erscheinen. Durch diesen bekannten Bluff ließen sich 30 Personen einer Firma verleiten, zu Streikbrechern zu werden. Alles andere stand tren zur Fahne. Am Montag, den 7. April fielen mit einem Transport Streikbrechern, die auf von Schutzpolizei bedeckten Lastautos von auswärts kamen, weitere 50 Mann ab, und zwar in dem Augenblick, wo die Unternehmer zu Verhandlungen bereit waren! Am folgenden Tage wurden weitere abtrünnig, sodaß ein Weiterführen des Streiks nur unnütze Opfer gekostet hätte, und so beschloß man den Abbruch des Kampfes. Zu einer am Dienstag, den 8. April vom Schlichtungsausschuß versuchten Einigung waren die Unternehmer nicht erschienen. Sie hatten es in dieser Situation natürlich nicht mehr nötig.

Die Unternehmer werden zunächst triumphieren. Besonderen Grund haben sie dazu allerdings nicht, denn der Kampf hat sie wohl oder übel veranlaßt, die Löhne bis auf 45 und 50 Pf., also um 5—10 Pf. zu erhöhen. Ferner: Durch niedrige Löhne, verlängerte Arbeitszeit und Unternehmerstarrsinn wird die Arbeitsfreudigkeit gewiß nicht gehoben. Wenn die Unternehmer sich den entstehenden Schaden und den noch entstehenden Nachteil berechnen, werden sie keinen Grund zu Siegesfanfaren haben. Sie rechnen vielleicht mit der Möglichkeit, daß durch den Verlauf des Kampfes die Organisation in Erfurt so geschwächt wird, daß sie diese in Zukunft nicht mehr zu fürchten brauchen. In dieser Annahme werden sie sich täuschen. Geirrt haben sie sich schon darin, daß sie glaubten, die Organisation würde einen Streik gar nicht wagen. Es war allgemeine Ansicht, daß der Verband für einen Streik keine Mittel habe, eine Auffassung, die wir heute bei den Unternehmern allgemein finden. Man hat sich verrechnet! Gewiß waren die Mittel der Gewerkschaften geschwächt, doch nicht so, um jedem Kampf ausweichen zu müssen. Daß die Finanzierung uns keine Schwierigkeiten bereite, zeigt die Tatsache, daß wir bereits in der ersten Streikwoche Unterstützungen gezahlt haben, ohne nach unseren Satzungen dazu verpflichtet zu sein. Die weitere Unterstützung war ohne Schwierigkeiten durch die eigenen Mittel der Organisation möglich. Darüber hinaus wären die Streikenden durch freiwillige Sammlungen unserer Mitglieder im Reiche und der Erfurter Arbeiterschaft, die ganz besonderes Interesse für diesen Kampf zeigte, unterstützt worden.

Die Ursache der Schlappe ist in der augenblicklichen schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft zu suchen. Eine Anzahl Streikender war erst seit einer Woche in Arbeit und durch monatelange Arbeitslosigkeit total heruntergekommen, also jeder Mittel bar. Die dauernd Beschäftigten waren durch den erbärmlichen Lohn natürlich auch ohne Rücklage. Eine Anzahl Arbeitsloser ließ sich nicht vom feigen Streikbruch abhalten; die langen Entbehrungen hatten sie erbittert und zermürbt.

Wenn auch diese bedauerlichen Umstände den Dolchstoß der Streikbrecher in den Rücken der um ihre Existenz kämpfenden Kollegen psychologisch erklärlich erscheinen lassen, so können sie doch niemals diesen Verrat an den elementarsten Grund-

begriffen der Arbeiterehre entschuldigen oder das Überlaufen in das Lager unserer erbittertsten Gegner beschönigen. Obendrein wird dieses Verhalten noch zum Verhängnis derer, die damit glaubten, ihr eigenes kleines Ich vor die Interessen der Gesamtheit zu stellen, denn schließlich müssen sie ja unter den schlechteren Arbeitsbedingungen nach einem verlorenen Streik ebenso leiden, wie die klassenbewußten Kollegen, die bis zum Schluß ihren Mann gestanden haben.

Einem verhängnisvollen Irrtum huldigte aber eine große Anzahl der Mitglieder, wenn sie glaubte, man brauche nur den Streik zu erklären, um die Unternehmer verhandlungsbereit zu machen. Vor diesem Irrtum haben wir von vornherein gewarnt. Das Unternehmertum, besonders ein so kapitalkräftiges wie in Erfurt, läßt sich nicht in 24 Stunden an den Verhandlungstisch bringen, das sollten uns schon frühere Erfahrungen zur Genüge gelehrt haben. Aber auch ein großer Mangel an gewerkschaftlicher Schulung ließ sich bei diesem Kampf ganz besonders feststellen. Jedem Gerücht, das von Unternehmenseite absichtlich verbreitet wurde, ließ man willig Gehör und glaubte diesem mehr als den

Der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend
gesinnt ist,
der vermehret das Übel und breitet es weiter und weiter;
aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die
Welt sich. Goethe.

bestimmten Erklärungen der Streikleiter. Die straffe Disziplin, die Vorbedingung für einen erfolgreichen Streik ist, fehlte. Hier heißt es, den Hebel ansetzen. Wir müssen viel mehr als bisher Gewicht auf die gewerkschaftliche Bildung und Erziehung legen. Geschieht das, dann werden wir die Scharte bald wieder auswetzen.

Die Verbandsleitung hat gezeigt, daß sie einem Kampf nicht ausweicht. Nicht am Klassenkampfegeist bei der Verbandsleitung hat es gemangelt, sondern an der nötigen gewerkschaftlichen Schulung und dem wirtschaftlichen Weitblick der Mitglieder selbst. Das zur Feststellung solchen Kollegen gegenüber, die es für ihre Pflicht halten, immer alle Schuld den Funktionären zuzuschreiben. Falls die Unternehmer etwas lernen wollen, können sie aus dem Verlauf der Erfurter Dinge ersehen, daß die Gewerkschaften nicht kampfunfähig sind, sondern wenn es darauf ankommt, auch heute noch — oder richtiger — schon wieder Kämpfe führen können.

J. Busch.

Blumeneinfuhr und Zoll.

In der Frage der Blumeneinfuhr haben schon oftmals die Handelsgärtner und die Blumengeschäfte in grimmigster Fehde gegeneinander gestanden. 1906 waren die Handelsgärtner in der Zollfrage unterlegen. Als dann 1914 diese Frage wieder brennend wurde, weil die Handelsverträge sich ihrem Ende näherten, wählte die Vertretung der Handelsgärtner eine klügere Taktik an, indem sie mit den Blumengeschäften eine Verständigung anstrebte. Es kam auch eine Vereinbarung zustande, wonach die beiden Verbände sich für eine zollfreie Einfuhr vom 15. November bis zum 28. Februar erklärten, während der übrigen Zeit sollte ein Einfuhrzoll von 100 M. für 100 kg vorgeschlagen werden. Der Krieg machte dann durch alles einen dicken Strich.

Solange dann infolge des Krieges eine Blumeneinfuhr nicht in Frage kam, haben sich Handelsgärtner und Blütnen wegen anderer Dinge, z. B. ungenügende Anzucht von Topfpflanzen und Schnittblumen, übermäßiger Ausfuhr solcher nach dem Auslande und nicht zuletzt wegen Preisfragen gekatzen, von Zeit zu Zeit aber auch wieder vertragen. Daran hat auch eine sog. „Arbeitsgemeinschaft“ mit den Blumengeschäftsinhabern nichts geändert. Als dann die Blumeneinfuhr wieder praktische Gestalt anzunehmen begann — ab 23. Januar 1923 war die Einfuhr frei — forderten die Gartenbaubetriebe, ohne erst die Arbeitsgemeinschaft zu belästigen, im Herbst 1923 einen Zoll von 200 Gm. Die Regierung hielt jedoch 100 Gm. für genügend und gilt dieser Zoll seit dem 25. Oktober 1922.

In der Frage der Blumeneinfuhr gab es bisher immer nur zwei, die konsequent ihr Ziel verfolgten, der V. d. Gartenbaubetriebe einerseits, der am liebsten ein Einfuhrverbot, sonst aber einen recht hohen Zoll möchte, andererseits Herr Olbertz von der „Bindekunst“, unentwegt Verfechter zollfreier Blumeneinfuhr. Die Vertretung der Blumengeschäftsinhaber ist Zugeständnissen an die Erzeuger nicht abgeneigt, nimmt jedoch nach außen nicht immer eine klare Stellung ein, denn in ihren Reihen befinden sich Einfuhrfreunde und -Gegner. Der letzte Verbandstag des V.D.B. entschied sich fast einmütig für eine beschränkte Einfuhr, die von Mitte November bis zum 1. März zollfrei sein sollte. Eine solche Regelung wäre an sich nicht schlecht, wenn es nur technisch möglich wäre, die rechte Beschränkung zu finden und diese zu garantieren. Es ist deshalb vielleicht auch nicht falsch, wenn man die weise Beschränkung durch das indirekte Mittel eines mäßigen Zolles zu erreichen glaubt. So ist es jedenfalls verständlich, wenn der Vorstand des V.D.B. be-

schloß: „Es soll für die Zeit vom 15. November bis 15. März an dem bisher bestehenden Zoll von 100 Gm. festgehalten werden. Für die Zeit nach dem 15. März wird einer Erhöhung auf 200 Gm. zugestimmt.“ Die Berufsöffentlichkeit nahm, wohl mit einigem Recht, an, daß dieser Beschluß das Ergebnis der wieder angewandten klügeren Taktik der Gartenbaubetriebe und eine gewisse Vereinbarung mit denen war.

Da schlug wie eine Bombe und wohl am stärksten beim V.D.B. die Nachricht der „Bindekunst“ ein: „Der Reichsverband der Gartenbaubetriebe verlangt einen Blumenzoll von 1000 Gm. für 100 kg.“ Und als seltsamstes Echo tönte es aus der Ritterstraße zurück: „Die Behauptung der Bindekunst über die Erhöhung des Blumenzolles ist un w a h r!“ Seitdem sind Wochen vergangen, die „Bindekunst“ führt ihren Feldzug gegen den Zoll und gegen beide Verbände mit aller Energie weiter, dagegen ist in der „Verbandszeitung“ über Blumeneinfuhr und Zoll kein Wort zu lesen. Die Nachricht von dem 1000 Gm. Blumenzoll hat sich inzwischen als wahr herausgestellt. Wiederum ohne Rücksichtnahme auf „Arbeitsgemeinschaft“ und sonstige schöne Dinge hat der V. d. Gartenbaubetriebe bei Gelegenheit einer Konferenz im Ministerium diese bescheidene Forderung erhoben.

Selbst unter Anerkennung der Achtung vertraulicher Verhandlungen durch den Vorstand des V.D.B. wundert es uns doch, daß dieser in seiner Verbandszeitung diesen Lebensfragen nicht mehr Raum und Beachtung schenkt.

Von der „Bindekunst“ ist nun an die betreffenden Ministerien eine „Eingabe betr. Zollfreiheit der Blumen“ gerichtet worden, deren Begründung nicht ohne Interesse ist. Zunächst ist es die Behauptung, z. Zt. betrage die Erzeugung des deutschen Gartenbaus im Winter etwa ein Zehntel der Blumenmengen, die zur Aufrechterhaltung der Blumengeschäfte gebraucht werden. Dann, die Blumengeschäfte seien volkswirtschaftlich umfassender und bedeutungsvoller als die 20 Proz. der Gartenbaubetriebe, die als Lieferer für sie in Frage kommen. Nach Rechnung der Bindekunst finden in diesen Gärtnereien nur etwa 5000 Personen, in den Blumengeschäften aber 50 000 Personen ihren Lebensunterhalt. Dieser „Nachweis“ scheint uns doch etwas zu gewagt. Nach den „Ergebnissen der preussischen Gärtnerstatistik von 1906“ waren in der Blumen-Stauden- und Pflanzengärtnerei in 2268 Betrieben etwa 10 000 Personen tätig, denen noch ein erheblicher Teil der in den 7929 gemischten Betrieben beschäftigten 39 500 Personen hinzugerechnet werden muß. In Blumengeschäften wurden dagegen nach kombinierten Berechnungen dieser Statistik mit der gewerblichen Betriebszählung von 1907 in 3340 Betrieben nur etwa 5000 Personen beschäftigt. Diesen Zahlen wären dann noch die Familienangehörigen schätzungsweise hinzuzufügen. Wenn sich seitdem auch manches geändert haben mag, so will uns eine so grundstürzende Umgestaltung der Verhältnisse denn doch etwas unwahrscheinlich vorkommen.

L.

Immanuel Kant.

Am 22. April beging die ganze gebildete Welt den 200. Geburtstag des größten Philosophen Deutschlands, der, als Sohn eines kleinen Sattlermeisters in Königsberg i. Pr. geboren, auch der Arbeiterschaft von heute nicht gleichgültig sein kann. Er hat nach einem Brief des Reichstagspräsidenten Ebert an den Oberbürgermeister von Königsberg

„die hohen Ideale, die das Leben bestimmen, in das Gebiet der persönlichen Überzeugung versetzt; er hat den erhabenen Pflichtbegriff, der sich an die Freiheit des Menschen richtet, in den Mittelpunkt der Moral gerückt; er hat den hohen Begriff der Menschenwürde aufgestellt, wonach die Menschen nicht zu bloßen Mitteln für die Zwecke anderer auf Kosten ihrer Kultur und ihres Menschentums herabgedrückt werden dürfen; er hat den sicheren Weg zu einem sinnvollen Zusammenwirken der Völker und Staaten gewiesen. Aus den Menschen selber hat er ihr Bestes herausgeholt, weil er ihnen Gutes zutraute. So wurde er in der für die Kultur Deutschlands wichtigsten Zeit der moralische Gesetzgeber und zugleich jedem einzelnen Deutschen ein Vorbild.“

Die Deutsche Republik wird mit den besten Kräften deutschen Geistes verbündet bleiben. Solange sie die Kantsche Idee der Freiheit als Grundlage und Antrieb ihres staatlichen Lebens anerkennt und sie in einer Staatsform zu verwirklichen sucht, die auf dem Gedanken Kants beruht: „Was ein Volk nicht selbst über sich beschließen kann, das kann auch ein Gesetzgeber nicht über ein Volk beschließen.“

Seine bekanntesten Werke sind neben der damals Aufsehen erregenden „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels“ (1755), die „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) und die „Kritik der praktischen Vernunft“ (1788), in denen er gründlich mit den Vorurteilen der damaligen Zeit aufräumte.

Bekannt ist vor allem auch in Laienkreisen sein „kategorischer Imperativ“, der lautet: Handle so, daß die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann. Auf diesen und ähnlichen Kantschen Gedanken hat unser Altmeister Karl Marx seine Lehre vom Sozialismus aufgebaut, die heute in den Köpfen der Finsterlinge und Gewalttäter ebensowenig Anklang findet, wie s. Zt. die Anschauungen Kants bei seinen Mitmenschen. Hat doch Friedrich Wilhelm im Jahre 1794 ein Verbot seiner Vorlesungen an der Universität erlassen. Besonders aktuell gerade in der heutigen Zeit ist aber ein Hinweis auf Kants Werk „Zum ewigen Frieden“, daß man als Unterlage für den Pazifismus bezeichnen kann. Hoffen wir also, daß die Vernunft dieses großen Deutschen recht bald ihre Auf-
erstehung in aller Herzen feiern möge.

Organisiere dich, tritt zum Verband!

Wer noch nicht organisiert ist,

von seiner Hände Arbeit lebt, muß begreifen, daß er sich selbst und seinen Arbeitsgenossen schuldig ist, sich mit ihnen zu vereinigen. Nur so ist es möglich, die Bedingungen für alle Notwendigkeiten des Lebens zu schaffen und die Existenz als Arbeiter erträglich und menschenwürdig zu gestalten. Wer sich nicht organisiert, weiß er das Beiträge zahlen scheidet,

ist

ein beschränkter Egoist, der, um Pfennige zu sparen, seine und anderer Lebensbedingungen untergräbt.

Wer noch nicht organisiert ist,

wird sich nicht bewußt, daß er nicht nur leben soll allein um zu arbeiten, sondern auch Anspruch zu erheben berechtigt ist auf alle Kulturfortschritte, die das Leben erst lebenswert und erträglich machen.

Diesen Anteil kannst du

nur

erlangen durch einen Ertrag der Arbeit, der zum Leben ausreicht.

Wer noch nicht organisiert ist,

genießt im Arbeitsverhältnis alle Vorteile, die durch die Organisation errungen wurden. Die Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit und viele andere Verbesserungen sind geschaffen worden, trotz der unorganisierten Arbeitskollegen und -kolleginnen. Aber diese sind doch

ein

Hemmnis für die Verbesserung der Lebenslage der Berufsgenossen.

Wer noch nicht organisiert ist,

glaubt, daß er auch allein sein Arbeitsverhältnis zu sichern imstande ist und seine Arbeitsbedingungen verbessern kann. Er versucht es oft, unter Drangabe seiner Arbeiterwürde, durch Liebedienerei und alle möglichen Zugeständnisse. So zeigt er sich zufrieden! Und doch ist es nur ein

halber

Mensch, der ein armseliges und auch kümmerliches Dasein führt. Das lehrt die Zeit immer.

Wer noch nicht organisiert ist,

werde sich klar darüber, daß der Mensch neben der Arbeit auch der geistigen Betätigung nicht entbehren kann. Dazu ist aber notwendig eine kurze Arbeitszeit und ein Arbeitslohn, der weiter reicht als zur Bestreitung von kärglicher Nahrung, Wohnung und Kleidung. Nur dann wirst du als

Mensch

deinen Lebenszweck richtig erfüllen können.

Wer noch nicht organisiert ist,

und nicht nur das Leben einer Arbeitsmaschine führen will, sondern an allem, was das Leben lebenswert macht, seinen Anteil heischt, der trete in den Verband. Da findet er Kämpfer für die hohe Idee, das harte Arbeiterleben mit Licht und Sonne und froher Zuversicht für eine bessere Zukunft zu erfüllen. Tretet in unsere Reihen und wirkt mit für diese Ziele!

Mensch sein heißt Kämpfer sein!

„Drei Verderber Deutschlands.“)

Nachdem erst vor wenigen Monaten der durch seinen heftigen Widerstand gegen wertbeständige Zahlungsmittel und durch seine, zu einer ungeheuren Bereicherung der Industrie führenden Papiermarkkredite bekannte langjährige Reichsbankpräsident Havenstein verschieden ist, sind ihm vor kurzem seine beiden Partner Stinnes und Helfferich gefolgt. **Hugo Stinnes**, der größte Kriegsgewinnler, Valuta- und Devisenspekulant Deutschlands begann im Gegensatz zu Krupp, Borsig, Siemens und E. Rathenau, die als Handwerker, Ingenieure oder dgl. produktiv anfangen, als Kohlenhändler vor 30 Jahren mit einem Kapital von 50 000 M., gliederte sich aber bald ähnliche Handelsunternehmen, Schiffsreedereien und zuletzt auch eigentliche Produktionsstätten an. Trotz der Erzbergerschen Steuerreform behielt dieser Mann, der kein Jude war, doch noch so viel Geld, um in den letzten Jahren nicht nur seinen Riesenkonzern auch nach dem Ausland zu verbreitern, sondern er kaufte sogar noch mehr als 60 Zeitungen, um auf diese Weise die „öffentliche“ Meinung selbst zu fabrizieren. Bekannt ist sein undiplomatisches Auftreten auf der interalliierten Konferenz in Spa, das schon damals als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer der Ruhrbesetzung bezeichnet wurde. Dieser Gegner der Erfüllungspolitik mußte zuletzt selbst den Micum-Verträgen zustimmen, also ebenfalls erfüllen, hat demnach die unerhörten Leiden des Ruhr- und Rheinvolkes auf seinem Gewissen. Sein Plan, die deutsche Arbeiterschaft mit Hilfe französischer Bajonette in das Sklavenjoch

zu zwingen, scheiterte an dem Widerstand französischer Generale. Wir weinen ihm keine Träne nach.

Carl Helfferich begann als Dozent an der Universität und machte sehr schnell Karriere, sodaß er es während des Krieges bis zum Vizekanzler des kaiserlichen Deutschland brachte. Als solcher war er Gegner des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, von dem er prophezeite: „Wenn diese Karte nicht sticht, und sie wird nicht stechen, so sind wir verloren, sind wir auf Jahrhunderte verloren.“

Trotz dieser Erkenntnis lehnte er es ab, die Kriegskosten durch Besitzsteuern und sonstige direkte Einnahmen zu decken, sondern bestritt alle Ausgaben durch Anleihen, von dem Wahn ausgehend, daß unsere damaligen Feinde alles zahlen müßten. Infolge des Preismonopols der Kriegsindustrie zeigte sich schon damals die Marktentwertung durch erschreckende Preissteigerungen. Durch den Zusammenbruch des Krieges in seiner Laufbahn gehemmt, wurde Helfferich aus verbittertem Ehrgeiz zum schärfsten Gegner der Republik. Seine wilde persönliche Hetze führte schließlich zur Ermordung Erzbergers und Walter Rathenaus und damit zur völligen Ruinierung der Mark. Den Problemen der Arbeiterbewegung stand er verständnislos gegenüber, ebenso wie er nicht begreifen wollte, daß wir als Besiegte zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden verpflichtet waren. Das führte ihn zur Ablehnung jeglicher Steuern und der Einwirkung des Staates in die Volkswirtschaft, kurz, er war innen wie außenpolitisch ein ehrgeiziger Reaktionär, dem es nur auf seine persönliche Macht ankam. Jetzt ist H. einem Eisenbahnunglück zum Opfer gefallen. Viel wäre dem deutschen Volke an Leiden erspart worden, wenn es sich trotz aller Verzweiflung von jener Leichtgläubigkeit freigehalten hätte, die unrettbar zur Katastrophe führen mußte. Noch ist es Zeit zur Umkehr, wenn die Arbeiterschaft sich auf sich selbst besinnt!

Arbeitskämpfe

Dänemark. Am 1. April ist in Kopenhagen und Umgegend in den Handelsgärtnereien und Baumschulen ein Streik ausgebrochen, der auch auf die Provinz überzugreifen droht. Der Aufruf in unserem dänischen Bruderorgan sagt, daß auf dem Verhandlungswege nichts zu erreichen war, auch die Schiedsinstanzen versagten, weil der dänische Arbeitgeberverband beschlossen hat, in keinem Beruf Zugeständnisse zu machen.

Zuzug nach Dänemark ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Privatgärtnerei

Jahresbericht der Ortsgruppe Zwickau für 1923.

Unsere Gruppe begann das Jahr 1923 mit einem Mitgliederbestand von 39, am Schluß des Jahres war er auf 46 gestiegen. Ich will hoffen, daß es auch im Jahre 1924 nicht nur so bleibt, sondern daß jeder dabei hilft, fernstehende Kollegen dem Verbands und der Gruppe zuführt.

Unsere wirtschaftliche Lage, die wir 1923 durchkosten mußten, beleuchtet am besten, daß ein Privatgärtner im Januar 72 000 M. und im Dezember 24 Billionen M. die Woche erhielt. Ein Gehilfe 320 M. Stundenlohn im Januar und 450 Milliarden im Dezember.

Versammlungen fanden jeden Monat statt. Am 10. März referierte Koll. Rösch über „Betriebeinteilung der Firma Späth-Berlin“. Er war auch bei der Lehrlingsprüfung für den Zwickauer Bezirk als Prüfer tätig, worüber er der Gruppe Bericht erstattete. Am 14. April hielt Sekretär Steiniger in Zwickau ein Referat über „Wirtschaftliche Lage der Arbeiter und ihre Aufgabe“. Bei der Bezirksversammlung am 19. August in Zwickau sprach unser Hauptkassierer, Koll. Lehmann, über „Die geplante Arbeitnehmerkammer in Sachsen“, Obergärtner Pohlig-Dresden über „Die Entwicklung der modernen Staudengärtnerei“. An der Bezirksversammlung nahmen 58 Mitglieder mit ihren Frauen teil.

Am 17. Juni fand ein Ausflug mit Kinderbelustigungen nach der „Forellennühle“ Mosel statt. Der Herren-Ausflug nach Aue am 5. August verlief bei herrlichem Wetter, freundlichem Empfang und unter Führung der Auer Kollegen ausgezeichnet, sodaß jeder gern daran denken wird. Der Ausflug nach Pillnitz am 15. Juli war sehr gut von den Mitgliedern und ihren Frauen besucht. Nur war die Anstrengung an einem Tage zu groß, sodaß man nicht den rechten Genuß von dem Gesehenen und Gehörten hatte.

Gesammelt wurden im Januar 600 M. für Alt- und Sozialrentner, im Februar für Kranke 1 133,20 M. Kollege Wünsch überwies der Gruppenkasse 80 M., Kollege Harnisch 123,20 M., Kollege Bogs im März 100 M., Kollege Borsdorff im Mai 10 000 M., beim Ausflug nach der Forellennühle wurden 33 000 M., nach Aue 51 980 M. und bei der Bezirksversammlung 1 Million M. in der letzten Versammlung in Zwickau 252 Milliarden M. gesammelt.

Zur Lehrlingsprüfung stiftete die Gruppe ein Buch der Firma Späth als Preis. Dem Vorsitzenden wurde zu seiner silbernen Hochzeit eine wertvolle Vase, ebenso dem Kassierer, Koll. Birk-

*) „Drei Verderber Deutschlands“ von Curt Oeyer. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 69. Preis 2,60 M

holz, zu seiner Hochzeit ein Andenken überreicht. Zwei kranke Mitglieder wurden anfangs des Jahres mit 4000 M. und nach der Bezirksversammlung mit 1 Million M., sowie Frau P. mit 2000 M. unterstützt. 7 Mitglieder erhielten vom Verband Unterstützung. Eingänge hatte der Vorsitzende 160, Ausgänge 121.

Die Gruppenkasse hatte in den letzten Monaten unter Geldnöten zu leiden, was auf die Geldentwertung zurückzuführen war. Einen richtigen Maßstab bei der kolossalen Geldentwertung anzulegen ist nicht möglich. Wie groß der Unterschied war, beweist am besten, daß wir in den ersten 2 Monaten 133 580 M. und im Monat November 33 557 900 000 000 M. vereinnahmt hatten. Im Dezember haben wir für den Verband 64,52 M. vereinnahmt und 54,85 Goldmark abgeführt.

Unser Gelöbniß muß sein, trotz der trüben Erfahrung, die wir in der letzten Zeit am politischen Horizont hatten, trotz des Siegesbewußtseins, das jetzt die Reaktion hat, treu zum Verband zu halten und bei allen Nöten, die wir noch durchkosten müssen, uns immer daran zu erinnern, daß nur Einigkeit und Zusammenhalt zu einem menschenwürdigen Dasein führen kann.

F. Borsdorff.

Blumengeschäfte

Die Luxussteuergrenze für Blumen ist ab 1. Mai auf 30 Goldmark ermäßigt.

Die Blumengeschäfte in Ungarn.

Nach einem Bericht der „Bindekunst“ machen die Blumengeschäfte in Ungarn eine ebenso schwere Zeit durch, wie wir sie hier durchkosten mußten. Allein in Budapest haben etwa 40 Geschäfte schließen müssen. Die Beschaffung von Werkstoff ist sehr schwierig, die Preise außerordentlich hoch, die Blumen-einfuhr gesperrt. Die Angestellten werden so miserabel entlohnt, daß alle tüchtigeren Kräfte zu anderen Berufen übergegangen sind.

Berichte

Zur Ausbildung des gärtnerischen Nachwuchses

macht Dr. Ebert-Berlin in der „Gartenwelt“ vom 11. April allen Ernstes den Vorschlag, unsere Lehrlinge noch ein Jahr nach der Lehre als Lehrling in die Landwirtschaft zu stecken. Er begründet das damit, daß in der Gärtnerei und im Lehrplan der Gärtnerfachschule die Betriebslehre im Gegensatz zur Landwirtschaft sehr schwach entwickelt sei, worauf die bekannte Verengerung des geistigen Horizonts unserer Lehrlinge zum größten Teile mit beruhe. Obgleich auch wir nicht bestreiten wollen, daß viele Gutsgärtner von solcher Lehre mancherlei profitieren könnten, mißten wir doch die Verallgemeinerung dieser Idee ablehnen, da sie nach unserer Auffassung gerade die nötige Konzentration auf unsere Spezialkulturen stark beeinträchtigt. Abgesehen von der Gemüse- und Obstkultur hat die übrige Gärtnerei so wenig Berührungspunkte mit der Landwirtschaft, daß deren Betriebslehre keinen brauchbaren Nutzen für unseren Nachwuchs bedeutet. Muß doch Dr. Ebert in diesem Aufsatz selbst zugeben, daß ein großer Unterschied zwischen Gartenbau und Landwirtschaft bestehe, der sich auch äußerlich im Lehrlingswesen ausdrückt. Es scheint uns demnach unlogisch zu sein, wenn Dr. E. einige Zeilen tiefer betont, die Gärtnerei sei ein Zweig der Landwirtschaft. Wir sind vielmehr schon seit Jahren der Meinung, daß sich die Gärtnerei stark zum Gewerbe entwickelt hat, und man sollte aus dieser Tatsache nun endlich auch überall zum Segen des Berufs die nötigen Konsequenzen ziehen. Es gibt auch im Unternehmerlager Einsichtige genug, die das heutige Anklammern an die Landwirtschaft aus rein steuerlichen und arbeitsrechtlichen Gründen als engstirnig bezeichnen, weil doch über kurz oder lang die Interessengegensätze eine Umkehr erfordern. Man sollte deshalb bemüht sein, eine eigene Betriebslehre für unseren Beruf auszuarbeiten, das würde ihn mehr fördern als das lähmende Unterordnen unter die Fittiche der Landwirtschaft.

Betriebsumstellungen.

Mit diesem Thema beschäftigt sich der bekannte Professor Dr. Heine-Dahlem in der „Obst- und Gemüsebauzeitung“ vom 28. Februar d. J. Er wendet sich zuerst gegen den dort aufgetauchten Vorschlag, Schweinezucht in der Gärtnerei zu betreiben, um die Rentabilität zu erhöhen. Der „Veredelungsprozeß“ von Futtermitteln zu Schweinefleisch sei volkswirtschaftlich ein kostspieliges Verfahren, das wir uns heute kaum mehr in dem Umfang früherer Jahre leisten könnten. Dagegen empfiehlt er Hüfnerzucht und betont dabei besonders die Schädlingsbekämpfung, die diese Nutztiere ausüben. Ferner fordert er im Hinblick auf den Rückgang der Pferdehaltung und die hohen Kohlenpreise vermehrte Kalttreiberei und rationelle Ausnutzung des Bodens durch stärkere Anwendung künstlicher Düngemittel, vor allem des Stickstoffs. Beim Obstbau sollte man nicht alles auf eine Karte setzen, sondern Zwischenkulturen betreiben, soweit es möglich ist. Er schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Was noch bitter not tut, sind nicht Umstellungen, sondern Verbesserungen im Gärtnereibetrieb!“ Dem schließen wir uns restlos an.

Aus anderen Verbänden.

Zum 1. Vorsitzenden des Bundes Deutscher Baumschulbesitzer wurde an Stelle von Wendland-Kiel der Baumschulbesitzer Kurt Scholz-Coswig (Sa.) gewählt. Als Geschäftsführer des Reichsverbandes der Beamten und Angestellten des Garten-, Obst-, Weinbau und Friedhofwesens wurde Dipl.-Gartenbauinspektor Böhm-Chemnitz berufen.

Rundschau

Erwerbslosenunterstützung erhöht.

Im Anschluß an die Verhandlungen im Erwerbslosenausschuß des Verwaltungsrates des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung und an die Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände in der Reichskanzlei am 19. April hat das Reichskabinett eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um durchschnittlich 20 v. H. mit Wirkung vom 5. Mai beschlossen.

Kündigung von Versicherungsverträgen.

Da viele unserer Kollegen Lebensversicherungen u. dgl. abgeschlossen haben, weisen wir darauf hin, daß durch eine VO. vom 12. Februar die Versicherungsgesellschaften bestehende Versicherungsverträge aufkündigen können, wenn der Versicherte mit seiner Zahlung im Verzug ist. Holt er diese innerhalb eines Monats nach, fällt die Wirkung der Kündigung fort. Die Gesellschaften werden aber kaum in ausgiebigem Maße von diesem Recht Gebrauch machen, da sie z. Zt. alle stark damit beschäftigt sind, die Aufwertung der Versicherungen in Gold im Rahmen der 3. Steuernotverordnung vorzubereiten. Davon hängt natürlich auch die etwaige Nachzahlung von Prämien ab.

Grusliches aus Bayern.

Im März 1923 tagte in Oxford (England) die Internationale Konferenz der Bodenreformer und faßte folgende Entschließung:

„Es ist klar, daß die ungerechte Verteilung des Reichtums, der immer mehr zurückgehende Handel, der industrielle Niedergang und das Fortbestehen der Armut mit Laster, Verbrechen und Elend, die sie zur Folge hat, Folgen des Privatmonopols auf Grund und Boden, der privaten Einziehung der Bodenrente und der Verleugnung des Rechtes des ganzen Volkes auf den Grund und Boden in seinem Lande sind. Je stärker dieses Monopol auf Grund und Boden ist, desto niedriger sind die Löhne für alle Arbeit und die Erträge aus geschäftlicher und industrieller Tätigkeit und um so ärmer die wirtschaftliche, soziale und geistige Lage des Volkes. Diese Übel, welche den Kampf unter den Bürgern einer Nation verengen und zu Kriegen zwischen den Nationen um mehr Land und mehr Monopol auf Bodenwerte führen, können nur durch Abschaffung des Privatmonopols auf Grund und Boden und der ungerechten Steuern beendet werden, die erhoben werden, wenn das Volk seiner Bürgerrechte in seinen Vaterlande beraubt worden ist. Um dies herbeizuführen, fordern wir dringend, daß allen gleiche Rechte auf Grund und Boden gewährt werden, indem man die wirtschaftliche Bodenrente durch direkte Besteuerung von Grund und Boden erhebt und so alle anderen Steuern abschafft und die den Handel zerstörenden und Kriege hervorrufenden internationalen Zölle ersetzt durch jene völlige Handelsfreiheit, die ein natürliches Menschenrecht ist.“

Diese überaus vernünftigen Darlegungen haben dem Direktor Horlacher der bayerischen Landesbauernkammer anscheinend Schüttelfrost verursacht, denn er bezeichnete sie in seinem mündlichen Jahresbericht unter Beifall der bajuvarischen Ordnungsfanatiker als gefährlicher wie die sozialistischen Bestrebungen nach Erfassung der Sachwerte und nach Sozialisierung der über 750 ha großen Latifundien.

Wir empfehlen Herrn Horlacher dringend, sich lieber eingehend mit den viel gefährlicheren Umsturz- und Separierungsbestrebungen in seinem Kahrbayern zu befassen, mit denen sich die Hitler und Ludendorff vor Gericht noch brüsten durften. Dann wäre uns eine große Blamage erspart geblieben.

Förderung der Ödlanderschließung

zur Sicherung der Volksernährung und Entlastung des Arbeitsmarktes durch Neugründung von Bodenverbesserungsgenossenschaften bezweckt eine VO. vom 13. Februar. Unbewirtschaftetes Moor oder Ödland kann danach zugunsten der Antragsteller enteignet werden, ist aber dann zur Schaffung neuer Bauernsiedlungen den gemeinnützigen Siedlungsunternehmern zu überlassen.

Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

Hamburg 21.

Weitere vier neue Verwaltungsstellen wurden am 1. April 1924 in folgenden Orten errichtet:

- 602 Glädebeck i. W. Vorsitzender: Herr Sennekamp, Kassierer: Herr J. Fischer.
- 603 Königswinter. Vorsitzender: Herr A. Kühn, Kassierer: Herr H. Schiffmann.
- 604 Fraustadt i. Schl. Vorsitzender: Herr Opitz.
- 605 Henningsdorf. Vorsitzender: Herr M. Leitzke, Kassierer: Herr F. Spengel.

Alle Berufskollegen gehören in die Gärtner-Krankenkasse!

Sterbetafel

Von den Mitgliedern der Verwaltung Groß-Berlin verstarben die Kollegen **Willi Böttcher** am 29. März, 38 Jahre alt und **Christ. Wunderlich** (Bez. Steglitz) am 3. April im 43. Jahre. -- Am 8. April verstarb unser Mitglied **Friedrich Noltemeyer**, Hannover, im 55. Jahre. Gestorben ist der Kollege **Adolf Pieper** (Verwaltung Hamburg) im Alter von 47 Jahren. Ehre ihrem Andenken!